

10.11.2010 / Kapital &amp; Arbeit / Seite 9

## Bahnhof kein Thema

Bei DGB-Demonstration in Baden-Württembergs Landeshauptstadt darf kein Redner der Bewegung gegen »Stuttgart 21« auftreten. Innergewerkschaftliche Kritik

*Herbert Wulff*

Die Spitze des IG-Metall-Bezirks Baden-Württemberg ignoriert weiterhin die seit Monaten anhaltende Massenbewegung gegen »Stuttgart 21«. Obwohl die gegen den Bau des Tiefbahnhofs protestierenden Organisationen ihre eigene Aktion absagten und zur DGB-Demonstration am 13. November mobilisieren, wird ihnen auf der Hauptkundgebung kein Rederecht eingeräumt. Das haben offenbar vor allem die Vertreter der Metallergewerkschaft im DGB-Bezirksvorstand durchgesetzt. Bei kritischen Gewerkschaftern trifft diese Haltung auf Unverständnis.

### Abgrenzung

Bei der Hauptkundgebung am kommenden Samstag um zwölf Uhr auf dem Schloßplatz der baden-württembergischen Landeshauptstadt wird kein Vertreter des »Aktionsbündnisses gegen Stuttgart 21« sprechen. Das bestätigte Kai Bliesener, Sprecher der IG-Metall-Bezirksleitung Baden-Württemberg, auf jW-Nachfrage. »Am Samstag stehen die Themen der Beschäftigten im Vordergrund«, erläuterte er. Es gehe um die Rente mit 67, das Sparpaket und die »Gesundheitsreform«. »So ein Paket sollte man thematisch nicht beliebig weit ausdehnen«, meinte Bliesener. Das sei von Gangolf Stocker, Sprecher des Aktionsbündnisses, auch akzeptiert worden.

Jürgen Klose vom DGB-Bezirk erklärte gegenüber jW, es sei zwar kein Redebeitrag zu »Stuttgart 21« bei der Hauptkundgebung geplant, man habe dem Aktionsbündnis aber angeboten, beim Auftakt zu sprechen. Ob das Bündnis dies annehme, sei noch offen. Inhaltlich seien sich die Gegner des Bahn-Projekts und der DGB in vielen Punkten einig. »Wir wollen aber nicht, daß diese Frage bei der Hauptkundgebung am Samstag ein so großes Gewicht bekommt«, so Klose.

Tom Adler, der als Daimler-Betriebsrat in der Initiative »Gewerkschafter gegen Stuttgart 21« aktiv ist, berichtete gegenüber jW, das Angebot eines Redebeitrags zum Auftakt sei vom Aktionsbündnis abgelehnt worden. »Damit hätten wir nur einen Bruchteil der Demonstranten erreicht - das war völlig inakzeptabel.« Adler, selbst IG-Metall-Mitglied, macht die Bezirksleitung seiner Gewerkschaft für die »Blockade« des DGB verantwortlich. Diese habe »offenbar immer noch nicht begriffen, daß in der Bewegung gegen »Stuttgart 21« genau diejenigen auf der Straße sind, die man sonst mit teuren Werbekampagnen zu erreichen versucht«. In der Tat beteiligen sich insbesondere viele Angestellte und Ingenieure an den Protesten. Die Gewerkschaftsspitze betone immer wieder, daß die Organisation dieser Beschäftigtenschichten für die Zukunft der IG Metall entscheidend sei, sagte Adler. »Hier besteht die Gelegenheit, diese Kollegen zu erreichen.« Den Spitzenfunktionären seiner Gewerkschaft wirft er vor, »aus engstirnigem parteipolitischen Kalkül heraus zu handeln - nämlich um ihre Bindung an die Sozialdemokratie zu erhalten«.

Adler verweist darauf, daß die Bezirkskonferenz des DGB am 30. Januar mit klarer Mehrheit beschlossen hatte, die Proteste gegen »Stuttgart 21« zu unterstützen. »Aber unter der Dominanz der IG Metall schert sich der DGB-Bezirksvorstand um dieses Votum der eigentlich übergeordneten Instanz offenbar nicht.« Das

sei ein klarer Verstoß gegen die Regeln der demokratischen Willensbildung in dem Gewerkschaftsbund. Unterstützt hatten die Forderung nach einem Redner des Aktionsbündnisses die Gewerkschaften ver.di und GEW. »Ich hätte es sehr begrüßt, wenn der DGB einen Beitrag gegen ›Stuttgart 21‹ auf der Hauptkundgebung zugelassen hätte«, sagte Stuttgarts ver.di-Geschäftsführer Bernd Riexinger im jW-Gespräch. Es spreche vieles dafür, die gewerkschaftlichen Herbstaktionen gegen die Sozialkürzungen mit den Protesten gegen das milliardenschwere Prestigeprojekt zu verbinden. »In den Massendemonstrationen gegen ›Stuttgart 21‹ zeigt sich eine Unzufriedenheit über die gesellschaftlichen Verhältnisse, die auch die Gewerkschaften umtreibt«, so Riexinger. »Wenn beide Bewegungen nicht isoliert voneinander bleiben würden, wären die Regierenden noch deutlich stärker unter Druck.«

#### Kein Interessenkonflikt

Schnittstellen zu ›Stuttgart 21‹ sieht Riexinger insbesondere im Organisationsbereich von ver.di. »Wenn in Kitas, Krankenhäusern und Schulen Stellen fehlen und der Putz von der Decke kommt, weil das Geld an allen Ecken und Enden fehlt, zugleich aber sinnlos Milliarden vergraben werden, dann ist der Zusammenhang offensichtlich«, so der Gewerkschafter. Dieser Punkt wird auch durch die Zusammensetzung der Demonstrationen gegen ›Stuttgart 21‹ klar: Einer Umfrage zufolge ist rund jeder dritte Teilnehmer im öffentlichen Dienst beschäftigt.

In einem Brief der DGB-Ortsverbände Schorndorf und Fellbach an ihren Bezirksvorstand heißt es, die Proteste gegen den Tiefbahnhof seien eine »bisher in unserer Region nicht gekannte breite, kreative und Mut machende Bewegung«. Die »S21«-Gegner demonstrierten solidarisch für einen Kurswechsel hin zu mehr Demokratie, zum Schutz der Umwelt und für eine bessere Zukunft. Diesen Zielen fühle sich auch der Gewerkschaftsbund verpflichtet. Bei den Herbstaktivitäten gehe es darum, die Kräfte »für soziale Gerechtigkeit und für ein besseres Leben zu bündeln«. In diesem Sinne fordere man die DGB-Spitze auf, ihre Entscheidung, keinen Vertreter der Protestbewegung gegen ›Stuttgart 21‹ sprechen zu lassen, zu überdenken und zu korrigieren, heißt es in dem jW vorliegenden Schreiben.

Es sieht allerdings nicht so aus, als würde die DGB-Spitze dieser Aufforderung noch nachkommen. Daher haben die »Gewerkschafter gegen Stuttgart 21« im Anschluß an die DGB-Aktion eine eigene Demonstration angemeldet, die um ca. 14.30 Uhr mit einer Kundgebung am Bauzaun des Bahnhofs enden soll.

[www.gewerkschaftergegenS21.de](http://www.gewerkschaftergegenS21.de)